

ENTTÄUSCHTE PENSIONISTINNEN UND PENSIONISTEN

# Statt „Kräftiger Erhöhung“: sieben Euro!

Neben seiner kleinen österreichischen erhält ein Pensionist aus der Oststeiermark auch eine geringe deutsche Pension. Weil er keine Ausgleichszulage bekommt, bezieht er weniger Pension.

Im November des Vorjahres freute sich Herr H.\* aus Riegersburg noch. Ein Brief von Bundeskanzler Gusenbauer trudelte ein, in welchem es hieß, seine Pension würde nun „kräftig erhöht“.

Nun ja, bei näherer Betrachtung des beigelegten Infoblattes schien die Behauptung zwar übertrieben, aber immerhin las Herr H. hier wörtlich „Pensionen von 747 bis 1.050 Euro bekommen einheitlich 21 Euro pro Monat dazu, in Prozent sind das 2,0 bis 2,9 %.“

Herr H. meinte, diese Regelung würde auch für ihn gelten, bezog er doch im Vorjahr eine österreichische Pension von 511,70 Euro und eine kleine Pension aus Deutschland von 283,67 Euro, insgesamt also 795,37 Euro brutto. Doch wie staunte er, als er im Jänner auf seinen Kontoauszug sah: Gerade einmal 7,49 Euro

machte hier seine Pensionserhöhung aus. Herr H. überprüfte die Sachlage und stellte fest: Um magere 1,7 Prozent brutto (!) war seine Pension erhöht worden. Wie Herrn H. geht es vielen Menschen in unserem Lande, die keine Ausgleichszulage bekommen, selbst, wenn ihre Pension minimal ist.

„Ich nehme an, dass bei der Gesetzgebung über die Pensionserhöhung für 2008 ein gravierender sozialer Denkfehler passiert ist,“ schrieb Herr H. verärgert in einem Brief an den Bundeskanzler, in welchem er um eine Begründung für diese ungerechte Behandlung bat.

„Zumindest eine Erhöhung um 13,50 Euro hätte ich mir erwartet, also um jenen Betrag der versprochenen 21 Euro, der dem österreichischen Anteil an meiner Gesamtpension entspricht“, sagt Herr H. bescheiden.

Alfred Froschauer, Ob-



Düstere Stimmung: Trotz wunderbarer Zusagen sehen viele Pensionistinnen wenig Grund zum Feiern. FLICKR

mann des Zentralverbandes der Pensionisten, sind viele ähnliche Fälle bekannt. „Die sogenannten Experten wie Marin, Tomandl usw. meinten, die ‚enorme‘ Erhöhung sei auf Dauer nicht verkraftbar. Herr Felderer vom Staatsschuldenausschuss brachte nach Beschluss der Pensionserhöhung gar zum Ausdruck, dass durch diese Erhöhung die Lohn-

steuerreform im Jahr 2010 gefährdet sei. Umso größer ist jetzt die Empörung bei den PensionistInnen, deren Pensionen ohnehin seit Jahren weit hinter den Preiserhöhungen nachhinken.“

Auch Herr H. fühlt sich betrogen. Antwort auf seinen Brief hat er bis heute keine bekommen.

\*) Name ist der Redaktion bekannt

## Direktoren auf Zeit

Nach sechs Jahren Neu- oder Wiederbestellung für Schuldirektorinnen und -direktoren. Das Land ist dafür, nun muss der Bund entscheiden.

Um Platz für Neues in den Schulen zu ermöglichen, hat Andreas Fabisch, der die KPÖ im Landesschulrat vertritt, vorgeschlagen, SchuldirektorInnen in Zukunft auf nur sechs Jahre zu bestellen und die Stelle danach neu auszuschreiben. Die Wiederwahl soll möglich sein. Dadurch würden die Leistungen der Schulleitung alle sechs Jahre bewertet.

Ein entsprechender Antrag wurde vom Landtag mit den Stimmen von ÖVP, KPÖ

und Grünen beschlossen; die SPÖ war dagegen. Nun ist der Bund am Zug. „Auch Bundespräsident und Kanzler sind nicht auf ewig bestellt. Die Bestellung auf Zeit hilft, die politische Postenvergabe aufzubrechen“, meint Andreas Fabisch. Für die Schulen brächte das die Chance, entweder Bewährtes fortzusetzen oder eben für frischen Wind zu sorgen. Gewinner wären das Schulsystem und die Ausbildung der Kinder.



Geht es nach der KPÖ, werden die Posten von Schuldirektoren alle sechs Jahre neu ausgeschrieben.